

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.05.2015

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.05.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3 Jugendtreff goes Rathaus

Frau Häckel als Vorsitzende des Bielefelder Jugendring e.V. bittet den Jugendhilfeausschuss in den Großen Ratssaal, um dort an den vorbereiteten Aktionsständen Jugendarbeit in ihrer Praxis kennenzulernen und sich aktiv an den Aktionen zu beteiligen.

Zum Abschluss der ca. einstündigen Veranstaltung bedankt Vorsitzende Frau Weißenfeld sich bei den Kindern und Jugendlichen sowie bei den Fachleuten aus der Jugendarbeit für die Präsentation.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Anfrage der CDU-Ratsfraktion zur Krankenquote in städtischen Kitas

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1616/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die vorliegende schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Die Nachfrage von Frau Henke zu den fehlenden Daten für das Jahr 2013 wird von Herrn Epp beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Weitere Anfragen

Frau Brinkmann bezieht sich auf die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 16.06.2015. Dort sei die Vorlage „Gesundheitsbericht Kinder“ vorgestellt worden. Sie fragt nach, ob diese Vorlage auch im Jugendhilfeausschuss beraten werde.

Herr Epp teilt mit, dass dies für die September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgesehen sei.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Punkt 5.1.1 Antrag der CDU-Ratsfraktion zur Erstattung der Kita-Gebühren wegen des Streiks

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1611/2014-2020

Punkt 5.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke zur Erstattung der Elternbeiträge wegen des Streiks

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1655/2014-2020

Punkt 5.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN auf Erstattung der Kita-Beiträge wegen des Streiks

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1712/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet die Antragsteller in der Reihenfolge des Antrageingangs ihre Anträge zu begründen. Der Antrag der FDP-Fraktion sei vom Rat an den Jugendhilfeausschuss verwiesen

worden. Die Anregung und Beschwerde des Jugendamtselternbeirates nach § 24 GO NRW sei am 16.06.2015 im Bürgerausschuss beraten worden. Der Bürgerausschuss unterstütze die Eingabe und verweist die Eingabe ebenfalls zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss.

Frau Brinkmann begründet den Antrag der CDU-Ratsfraktion und schildert die Auswirkungen des Streiks auf Eltern und Kinder. Insofern sei es der richtige Weg, hier den betroffenen Eltern entgegenzukommen und die Beiträge zu erstatten.

Sie stellt fest, dass ihre Begründung zu dem bereits am 27.05.2015 gestellten CDU-Antrag in vielen Teilen mit den schriftlichen Ausführungen des am 16.06.2015 gestellten Antrages der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgernähe/PIRATEN übereinstimmt.

Aufgrund der mit gleicher Zielrichtung vorliegenden Anträge der CDU-Fraktion (Drs.-Nr. 1611/2014-2020), der Fraktion Die Linke (Drs.-Nr. 1655/2014-2020) und der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN beantragt Frau Brinkmann eine Sitzungsunterbrechung, um mit sämtlichen Antragstellern einen gemeinsamen Antrag auf Erstattung der Beiträge zu formulieren als deutliches Zeichen an die Eltern, dass Politik sich parteiübergreifend in wichtigen Fragen zugunsten von Familien und Alleinerziehenden einig sein kann.

Herr Schwarzer erklärt sich mit der Formulierung eines gemeinsamen Antrages einverstanden. Er bedankt sich bei den Eltern für ihr Engagement.

Frau Esdar begründet den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN. Die letzte Zeit sei genutzt worden, um die Bedeutung einer Erstattung der Beiträge in der jetzigen Haushaltssituation zu hinterfragen. Das Erstattungsverfahren solle mit möglichst wenig Aufwand für die Eltern und für die Verwaltung verbunden sein. Deshalb sollten die Beiträge pauschal für den Monat Mai erstattet werden. Einer Sitzungsunterbrechung stimmt Frau Esdar zu.

Frau Rammert gibt die Stellungnahme des Jugendamtselternbeirates (JAEB) bekannt. Danach empfiehlt der JAEB, die durch den Streik eingesparten Personalkosten für die Weiterführung der Bewegungsförderung in den Kindertagesstätten zu verwenden. Gleichzeitig wird die Verwaltung aufgefordert, sich intensiv um Sponsoren zu bemühen, damit das Projekt nahtlos weitergeführt werden kann.

Für künftige Streiksituationen soll eine grundsätzliche Lösung in die Elternbeitragssatzung eingearbeitet werden.

Frau Rammert bittet den Anträgen auf Erstattung der Beiträge zuzustimmen und Beschlüsse zur Verwendung der eingesparten Personalkosten sowie zu künftigen Streiksituationen zu fassen.

Aufgrund des Antrages von Frau Brinkmann auf Sitzungsunterbrechung unterbricht Vorsitzende Frau Weißenfeld die Sitzung von 17.35 Uhr bis 17.45 Uhr für die Beratung der Fraktionen.

Frau Esdar gibt das Ergebnis der Beratung zu den Anträgen der im JHA vertretenen Fraktionen bekannt:

Aufgrund der mit gleicher Zielrichtung vorliegenden Anträge der CDU-Fraktion (Drs.-Nr. 1611/2014-2020), der Fraktion Die Linke (Drs.-Nr. 1655/2014-2020) und der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN wird der Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN wortgleich als **gemeinsamer Antrag** aller im Jugendhilfeausschuss vertretenen Fraktionen eingebracht.

Der Jugendhilfeausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

1. Den Eltern, die aufgrund eines bestehenden Betreuungsvertrags mit einer Kindertageseinrichtung in städtischer Trägerschaft für den Monat Mai 2015 Elternbeiträge nach der Bielefelder Elternbeitragssatzung entrichtet haben, werden die Beiträge zurückerstattet. Das gilt auch, wenn das Kind während des Streiks der Erzieherinnen und Erzieher in einer der städtischen (Auffang-)Kindertageseinrichtungen betreut worden ist. Ein Antrag der Eltern ist dafür nicht notwendig.
2. Den Eltern, deren Kind während des Streiks der Erzieherinnen und Erzieher in einer Kindertageseinrichtung in städtischer Trägerschaft nicht an der gemeinsamen Mittagsverpflegung in einer der städtischen (Auffang-)Kindertageseinrichtungen teilgenommen hat, wird das von ihnen gezahlte Entgelt für die gemeinsame Mittagsverpflegung taggenau erstattet.

- einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 5.2

Antrag der FDP-Fraktion vom 27.05.2015 - TOP 4.3 der Ratssitzung vom 28.05.2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1614/2014-2020

Frau Brinkmann gibt das Ergebnis der Beratung zu dem Antrag der FDP bekannt:

Unter den Fraktionen besteht Einigkeit, dass der Antrag der FDP-Fraktion (Drs.-Nr. 1614/2014-2020) in der vorliegenden Fassung abgelehnt würde. Stattdessen wird auf Basis dieses Antrages ein **neuer gemeinsamer Antrag** aller im Jugendhilfeausschuss vertretenen Fraktionen mit folgendem Wortlaut eingebracht:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend mit dem Jugendamtseleternbeirat Rahmenbedingungen für eine Betreuung von vom Streik betroffenen Eltern in bestreikten Einrichtungen durch Eltern

vorzubereiten.“

Die Abstimmung über den neuen gemeinsamen Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Zwischenbericht zum Projekt „Lern Sommer“ im Ostmannturmviertel

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1673/2014-2020

Herr Linnenbürger erläutert, dass mit diesem Zwischenbericht die Rahmenbedingungen und der aktuelle Stand dargestellt werde. Einen ausführlichen Bericht kündigt er für den Herbst dieses Jahres an.

Herr Rüsing bittet in den Abschlussbericht eine Aussage dazu aufzunehmen, inwieweit sich die schulischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler verbessert haben. Er hält die Projektmittel von ca. 200.000 € für ca. 160 Schülerinnen und Schüler für unverhältnismäßig hoch und bittet diesen Aspekt im Abschlussbericht entsprechend zu bewerten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Ergebnisse der HSK- und HSKplus-Maßnahmen mit zusätzlichem Mittel- oder Personaleinsatz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1621/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass die dargestellten HSK-Maßnahmen nach wie vor erfolgreich seien. Dies zeige sich u.a. dadurch, dass die Kostensteigerungen im interkommunalen Vergleich weit unterdurchschnittlich seien.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII;
DRK Soziale Dienste OWL gGmbH, August-Bebel-Str. 8, 33602 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1399/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Vorberatung im Unterausschuss Jugendhilfe.

Frau Brinkmann lobt aus Sicht der CDU-Fraktion die ausführliche und gute Darstellung des DRK.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die „DRK Soziale Dienste OWL gGmbH“ wird antragsgemäß als Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG) anerkannt.

Die Anerkennung bezieht sich auf:

- Frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege von 0 - 6 Jahren (§ 24 Abs. 1 - 3 SGB VIII)
- Vorhaltung bedarfsgerechter Angebote in Tageseinrichtungen für Kinder im schulpflichtigen Alter (§ 24 Abs. 4 SGB VIII)
- Psychomotorische Entwicklungsförderung –ipe- im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35 a SGB VIII)

innerhalb des Stadtgebietes von Bielefeld.

Sollte der Träger zukünftig noch in anderen Bereichen der Jugendhilfe in Bielefeld tätig werden, kann der Anerkennungsbescheid durch die Verwaltung des Jugendamtes nach Prüfung der fachlichen und personellen Voraussetzungen gemäß § 75 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII auf diese Bereiche ausgedehnt werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Information über Konsolidierungsvorschläge aus 5 Pilotämtern

hier: Amt für Jugend und Familie (siehe Maßnahmen 47 -56)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1485/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt eine kurze Einführung zu der Informationsvorlage.

Die Nachfragen von Herrn Rüsing, Vorsitzender Frau Weißenfeld, Herrn Schwarzer, Frau Stillger und Frau Henneke zu den Maßnahmen 47, 48 und 52 werden von Beigeordnetem Herrn Nürnberger sowie von Herrn Epp beantwortet.

Frau Häckel bedauert aus Sicht der Träger die Einsparungen in der Bezirksjugendpflege. Sie befürchtet, dass es dadurch zu Einschränkungen bei der wichtigen Kommunikation zwischen den Trägern und dem Jugendamt sowie bei der koordinierenden Funktion der Bezirksjugendpflege in den Bezirken kommen werde.

Herr Langeworth bezieht sich auf die Maßnahmen 50, 53, 54, 55 und 56. Bei diesen Maßnahmen handle es sich nicht um neue Einsparvorschläge, denn diese Einsparungen wären sowieso eingetreten. Die Auflistung der Konsolidierungsmaßnahmen sei eine Mischung aus diesen bereits beschlossenen Einspareffekten und neuen Ideen. Nach Auffassung von Herrn Langeworth hätten die Konsolidierungsmaßnahmen gesplittet dargestellt werden sollen nach den bereits absehbaren Effekten und den Konsolidierungsleistungen der Verwaltung.

Beigeordneter Herr Nürnberger kann die Kritik nicht nachvollziehen. Dem Auftrag des Verwaltungsvorstandes, Einsparungen gegenüber dem Haushaltsentwurf 2015 darzustellen, sei die Verwaltung hiermit nachgekommen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Lernreport 2. Lesung
- Gesundheitsbericht Kinder - Entwicklung der Adipositas
- Fit für das Leben
- Bielefelder Ausbildungsoffensive
- Kooperationsbericht BJR/Die Falken

Bielefeld, den 17.06.2015

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)